



Berufsfachschulen weiterentwickeln!

Anregungen für eine Reform der Berufsfachschulen durch die Bundesländer

► In der Ausgabe 2/2005 veröffentlichten wir einen Artikel von GISELA FELLER „Stellenwert der Berufsfachschulen im neuen Gesetz. Initiale für eine Reform des Bildungssystems?“, den wir als Diskussionsanregung zu dieser wichtigen Thematik verstanden wissen wollten. Im folgenden Beitrag werden ergänzende Überlegungen zur Weiterentwicklung der Berufsfachschulen aufgezeigt. Sie bündeln eigene Erfahrungen des Autors aus langjähriger Verantwortung für das berufliche Schulwesen in Hamburg und der Mitarbeit in zahlreichen Gremien und Ausschüssen sowie dem aufmerksamen Verfolgen der entsprechenden Fachliteratur. (Die Redaktion)

Ausgangslage

In der weit überwiegenden Zahl der Bundesländer sind Projekte zur Stärkung von Innovationskraft, Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit beruflicher Schulen eingeleitet worden.¹ Die Vorhaben sind landesspezifisch; sie zielen i. d. R. auf das Handeln in der beruflichen Schule, nicht aber auf Bildungsgangstrukturen und nicht auf Bundesländer übergreifende Notwendigkeiten. Länder übergreifende Vorhaben für die Berufsfachschulbildungsgänge wären aber erforderlich, da sie in den letzten 15 Jahren als Alternative zum dualen Ausbildungsplatzangebot quantitativ erheblich gewachsen sind und sich strukturell in einer nachhaltig veränderten Lage befinden.

So ist von 1993 bis 2003 die Zahl der Berufsfachschüler (voll- und teilqualifizierende Bildungsgänge) um 75 % gestiegen (1993 waren es noch 284.369 Schüler, 2003 schon 498.138); die Zahl der Teilzeitberufsschüler (= weit überwiegend Schüler in Ausbildungsverhältnissen des dualen Systems) stieg dagegen nur um 1,4 % (+23.259).²

Es ist davon auszugehen, dass die Schülerzahl bis 2007³ weiter ansteigt und danach noch auf hohem Niveau verbleibt.

Strukturelle Schwächen der Berufsfachschulen

Unter den Berufsfachschulen finden sich solche mit voll qualifizierenden Abschlüssen und teilqualifizierende Formen. Eine Anrechnung der in der teilqualifizierenden Berufsfachschule erworbenen Kompetenzen auf die folgende Berufsausbildung findet i. d. R. nicht statt. Das gilt auch für viele der voll qualifizierenden Berufsfachschulbildungsgänge. Die Absolventen durchlaufen im Anschluss noch eine weitere, sehr häufig duale, Ausbildung in voller Länge. Ergebnis ist aus der Sicht der Schüler die Doppelung von Lerninhalten verbunden mit einer Verlängerung der Qualifizierungsdauer; aus der Sicht von Schulträgern und Ländern sind es hohe Mehrausgaben für Sachmittel, Investitionen und Personal. Zugleich reduziert die verlängerte Schulzeit der Jugendlichen die möglichen Zeiten im



CARL-HEINZ DOOSE

Dipl.-Hdl., Leitender Oberschulrat a. D.,
Behörde für Bildung und Sport, Hamburg
(bis 31. 8. 2004)

Übergreifende Reformen sind möglich und geboten

Beschäftigungssystem. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, dass bisher auf KMK-Ebene für einen qualitativ und quantitativ inzwischen so wichtigen Bereich wie die Berufsfachschulen keine bundesweit relevanten Konsequenzen aus den vergleichenden Untersuchungen in den allgemein bildenden Schulen und aus internationalen Erfahrungen gezogen worden sind.⁴

Auch über den Unterrichtserfolg sowie den Verbleib der Absolventen und deren Erfolg werden von amtlicher Seite keine bundesweit vergleichbaren Informationen erhoben. Eine verantwortliche Früherkennung von Entwicklungen im Beschäftigungssystem, die in Berufsfachschulbildungsgänge zu integrieren sind, findet praktisch nicht statt.

Als wesentliche Schwachpunkte der Berufsfachschulen (BFS) sind aus meiner Sicht folgende zehn Aspekte zu sehen:

- 1 BFS vermitteln und signalisieren weit überwiegend besonders im teilqualifizierenden Bereich keine klare berufliche Perspektive,
- 2 BFS haben inhaltlich keine leicht auf das duale System anrechnungsfähige Struktur,
- 3 BFS haben keinen bundesweit geltenden Rahmenlehrplan und keine inhaltlichen Standards für den Abschluss,
- 4 BFS sind in den landes- oder schulspezifischen Rahmenlehrplänen – zumindest weit überwiegend – nicht kompetenzorientiert formuliert,
- 5 BFS beziehen zu beachtlichen Teilen Betriebspraxis gar nicht oder aber quantitativ unzureichend ein,
- 6 BFS bieten kaum Ansätze für eine Flexibilisierung der Bildungsgänge,
- 7 BFS haben keine den Inhalt hinreichend signalisierenden Bezeichnungen⁵,
- 8 BFS sind wenig transparent,
- 9 BFS haben Akzeptanz- und Attraktivitätsprobleme im Beschäftigungssystem und
- 10 BFS sind durch eine überdurchschnittliche Fluktuation in den Lerngruppen gekennzeichnet.

Vorschlag für übergreifende strukturelle Lösungen

Um die strukturellen Schwächen der Berufsfachschulen nachhaltig zu mildern, sind seitens der Bundesländer – möglichst ohne zusätzliche Haushaltsbelastung – übergreifende Reformen möglich und geboten. Dazu gehören die Verbesserung der Anschlussfähigkeit zum allgemein bildenden System, die Standardisierung der Abschlüsse, eine Steigerung der Erfolgsquoten, die Erhöhung der Anrechnungschancen im dualen System, eine Vermeidung über-

langer Schulkarrieren, die Steigerung der Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt eine Steigerung der Zahl der vom Beschäftigungssystem anerkannten voll qualifizierenden Berufsfachschulbildungsgänge.

Um diese Ziele zu erreichen, sollten die Landesministerien im Zusammenwirken mit den jeweiligen Landesinstituten und Hochschulen pragmatisch und kurzfristig eine Reihe von Maßnahmen für eine sicher länger dauernde Übergangszeit bei staatlichen Berufsfachschulen anstreben:

- Ähnliche Berufsfachschulbildungsgänge der Länder sollten unter einer dem Beschäftigungssystem die Inhalte signalisierenden Bezeichnung zu neuen berufsprofilierten Berufsfachschulen zusammengeführt werden.
- Bestehende und neu zu entwickelnde Berufsfachschulen nehmen stärker die Zukunftsfähigkeit der Beschäftigungsfelder ins Blickfeld.
- Teilqualifizierende Berufsfachschulen werden möglichst weit gehend in kooperative voll qualifizierende Berufsfachschulen mit nicht unter sechs Monaten von der Schule betreuter Betriebspraxis umgewandelt (Dualität/Lernortpluralität als didaktisches Prinzip). Für die Praxisbeteiligung werden gezielt die nicht an der dualen Ausbildung beteiligten Betriebe angesprochen.
- In den Rahmenlehrplänen sollte geprüft werden, wie weit die aus dem Kopenhagenprozess erwachsenden europäischen Entwicklungen (Modularisierung der Ausbildung, Kreditpunktesystem) in die Gestaltung einzubeziehen sind und welche Entwicklungsperspektiven sich für die Absolventen ergeben.
- Curricular wird vorerst vom Lernfeldkonzept als dem inzwischen im dualen System eingeführten Modell ausgegangen. Dabei sollten nur zwei Drittel des verfügbaren Stundenvolumens ausgefüllt werden, um für Länder oder Standorte wichtige Ergänzungen als Wahl- oder Wahlpflichtbausteine einbeziehen zu können.
- Parallel werden Eckwerte für kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne auf der Grundlage beruflicher Domänen entwickelt.⁶
- In noch teilqualifizierenden Berufsfachschulen beziehen sich die Konzepte auf vorhandene Lernfelder anerkannter Ausbildungsberufe, um so den anzurechnenden Rahmen besser zu kennzeichnen.
- Bundeseinheitliche Rahmenlehrpläne werden analog zu denen im dualen System Regelfall. Sie werden wie die Rahmenlehrpläne im dualen System veröffentlicht und in festen Zeiträumen auf ihre Relevanz überprüft.
- Für die Aufnahme in Berufsfachschulen wird regelhaft die Lernausgangslage ermittelt, um eine differenzierte Förderung zu ermöglichen und das Bildungscoaching zu verbessern. Zugangsvoraussetzungen bei Berufsfachschulbildungsgängen mit weiterführenden allgemeinen Berechtigungen sollten ausgebaut werden.

- Grundlage für das Abschlusszertifikat sollten für 50 % des Ergebnisses (teilweise bundesweit) zentralisierte Abschlussprüfungen sein; 50 % ergeben sich aus der kontinuierlichen Leistungsbewertung in Schule und Praxis.⁷
- Der Erwerb von zusätzlichen Berechtigungen (z. B. des mittleren Bildungsabschlusses) wird durch Kompetenzniveauvorgaben und/oder Wahlbausteine beschrieben.
- Der vorzeitige Abschluss von Bildungsgängen wird ermöglicht.
- Für die neuen Berufsfachschulen mit bestimmten Berufsprofilen werden jeweils federführende und verantwortliche Länder festgelegt.
- Es wird Einvernehmen darüber hergestellt, dass ein federführendes Land den Rahmenlehrplan entwickelt und den weiteren Ländern Gelegenheit zur Stellungnahme gibt. Auf der Grundlage des daraufhin überarbeiteten Rahmenlehrplans wird eine Endfassung vereinbart.
- Länder, die Berufsfachschulen mit gleichen Berufsprofilen führen, stellen im jährlichen Wechsel für die zentralen Teile der Abschlussprüfungen und für Vergleiche ihre Materialien allen Ländern zur Verfügung.
- Für bundeseinheitliche Erfolgs- und Verbleibsübersichten wird ein einfaches Erhebungsraster entwickelt. Die Ergebnisse werden jährlich bundesweit zusammengeführt und als eine Grundlage für künftige Weiterentwicklungen veröffentlicht.

Bei diesen Ansätzen sollten zugleich die sich mit dem neuen Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 1. April 2005 eröffnenden Handlungsoptionen einbezogen werden (vgl. G. FELLER).⁸ Auch die KMK weist – allerdings ohne Konkretisierung – in ihren Empfehlungen zur Umsetzung des Be-

rufsbildungsreformgesetzes vom 2. Juni 2005 darauf hin, dass eine Weiterentwicklung der beruflichen Vollzeitschulen auf der Grundlage des BBiG vorgenommen werden soll.⁹ In Richtung auf eine stärkere Nutzung der voll qualifizierenden Ausbildung in geeignet ausgebauten BFS – u. a. in im dualen System anerkannten Berufen – weisen auch die Ergebnisse der erfolgreichen Berufsbildungsprozesse in BFS in der Schweiz und in Österreich, die auf dem Grundsatz der Alternanz aufbauen.¹⁰

Um die Akzeptanz der neuen Berufsfachschulkonzeption im Beschäftigungssystem umfassender und schneller zu erreichen, sollte in einem zweiten Arbeitsschritt auf der Grundlage eines von der KMK zu erstellenden Eckwertekonzeptes ergänzend erwogen werden:

- mit dem Bund unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Verantwortung eine „Länder-Bund-Kooperationsvereinbarung BFS“ zur Abstimmung von Strukturen und Inhalten der neuen BFS abzuschließen.¹¹
- den Spitzenorganisationen der Sozialpartner die Beteiligung an der Festlegung der Rahmenlehrpläne (z. B. in Form der Anhörung wie für den Berufsschulunterricht an zentralen Orten) und die Prüfungsbeteiligung vor Ort analog zur Rolle der Berufsschullehrer im Prüfungswesen auf der Grundlage des BBiG anzubieten.

Der Autor ist sich bewusst, dass viele dieser Maßnahmen ein neues Denken von allen Beteiligten erfordern und – um kostenneutral zu sein – z. T. auch andere Prioritäten beim Einsatz materieller und finanzieller Ressourcen zu setzen sind. Die berufliche Zukunft der jungen Generation sollte uns das wert sein. ■

Anmerkungen

1 Vgl. Doose, C. H., *Berufliche Schule innovativer, selbstständiger und verantwortlicher*. In: Illerhaus, K., *Festschrift anlässlich der 250. Sitzung des Unterausschusses für Berufliche Bildung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (UABBi)*, S. 164 ff.

2 KMK-Veröffentlichung Nr. 171: *Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1993–2002, Dezember 2003; KMK-Tabelle für die Bundesländer 2003; eigene Berechnungen*

3 Vgl. hierzu und zu den folgenden Perspektivhinweisen KMK-Veröffentlichung Nr. 173: *Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen 2003–2020, Januar 2005*

4 *Hamburg hat aus seiner Untersuchung ULME I (Untersuchung der Leistungen, Motivation und Einstellungen zu Beginn der beruflichen Ausbildung) – vgl. Lehmann, R. H. u. a., Hamburg, Februar 2005 – und den internen Ergebnissen von Verbleibsuntersuchungen für Berufsfachschüler die Konsequenz gezogen, Arbeitsgruppen zu beauftragen, Lösungsansätze für die anstehenden Probleme zu erarbeiten; die Ergebnisse aus ULME II werden voraussichtlich noch 2005 verfügbar sein (Schwerpunkt teilqualifizierende BFS); in ULME III (Berufsschule) haben die Erhebungen im 2. Quartal 2005 stattgefunden.*

5 Vgl. Krewerth, A. u. a. (Hrsg.): *Berufsbezeichnungen und ihr Einfluss auf die Berufswahl von Jugendlichen*, Hrsg. BIBB, Bielefeld 2004

6 Vgl. dazu Brand, W.; Hofmeister, W.; Tramm, T.: *Auf dem Weg zu einem Kompetenzstufenmodell für die berufliche Bildung – Erfahrungen aus dem Projekt ULME*. In: *bwp@ – Berufs- und Wirtschaftspädagogik online*, Heft 8/2005. www.bwpat.de/ausgabe8/brand_etal_bwpat8.pdf

7 Weiß, M.: *Wettbewerb, Dezentralisierung und Standards, Trends in Bildung internationale (TiBi) Nr. 8, Oktober 2004, S. 2 und 5, weist darauf hin, dass größere Freiräume für die Ressourcenverwendung in den Schulen nur mit zentralen Prüfungen zu wesentlichen Verbesserungen in den Kompetenzbereichen führen, größere Handlungsfreiheit ohne diese Bedingung hingegen eine umgekehrte Wirkung erzielen könnte.*

8 Vgl. dazu Feller, G.: *Stellenwert der Berufsfachschulen im neuen [Berufsbildungs]Gesetz. Initiale für eine Reform des Bildungssystems? In: BWP 34 (2005) 2, S. 17–22*

9 *Empfehlungen der KMK zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes (Beschluss der KMK vom 2. 6. 2005)*

10 Vgl. dazu Rothe, G.: *Alternanz – das EU-Konzept für Berufsbildung Teil 4: Aktuelle Anforderungen an die Ausbildung*. In: *Die berufsbildende Schule*, Heft 6/2004

11 *Eine strukturelle Orientierung für eine solche Vereinbarung könnte das Gemeinsame Ergebnisprotokoll zum Verfahren bei der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen ... vom 30. 5. 1972 bieten*. In: *Sammlung der Beschlüsse der KMK, Nr. 320*